



SO GEHT ES NICHT WEITER

20 Jahre Fehlentwicklung in der Bundespolitik zum
Nachteil der Kommunen sind genug!

STARKE KOMMUNEN MÖGLICH MACHEN

Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Städte und Gemeinden sind in unserem Staat das Fundament der Demokratie. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger den ersten Kontakt mit dem Staat. Hier wird der Bestand der örtlichen Gemeinschaft gesichert. Wenn die Infrastruktur vor Ort nicht mehr intakt ist und die zunehmenden Leistungsversprechen der öffentlichen Hand vor Ort nicht mehr immer eingehalten werden können, sinkt das Vertrauen in den gesamten Staat. Umso wichtiger ist es, handlungsfähige Kommunen zu haben. Die aktuelle Situation und die jüngsten Wahlen zeigen, dass das Vertrauen in die Demokratie und einen handlungsfähigen Staat zurückgehen.

Die Grenze des Leistbaren ist aufgrund fehlenden Personals und zu hoher Ausgaben vielerorts erreicht. Die Bürokratie ist so komplex, dass eine pragmatische Berücksichtigung der individuellen Situation vor Ort nicht mehr möglich ist. Bund und Länder müssen deutlich mehr tun, damit die Kommunen ihre Rechte und Pflichten aus Art. 28 II GG wahrnehmen können.

Wir erwarten von der Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode insbesondere folgende Punkte:

I.) STÄRKUNG DER KOMMUNALFINANZEN

Die kommunale Investitionskraft muss mit einem Inves-

titionsprogramm gestärkt werden. Die gesamtstaatliche Steuerverteilung muss zugunsten der Kommunen reformiert werden. Es bedarf eines strikten Konnexitätsprinzips im Verhältnis des Bundes zu den Kommunen. Staatliche Sozialleistungen müssen zielgenau und effizient sein.

- › Die Kommunen tragen derzeit gesamtstaatlich rd. 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur rd. 14 Prozent der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen.
- › Der Investitionsrückstand an der kommunalen Infrastruktur hat sich auf rd. 186 Mrd. EUR erhöht. Der Investitionsrückstand wächst derzeit deutlich schneller, Investitionen gehen zurück.
- › Die Sozialausgaben haben sich in 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. Das liegt nicht zuletzt an deutlichen Aufgaben- und Standarderweiterungen durch den Bund.
- › Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand müssen vorrangig gesichert werden. Ohne starke Infrastruktur keine starke Wirtschaft. Deshalb müssen Investitionen jetzt Vorrang haben.
- › Durch diese dramatische finanzielle Lage ist die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Kommunale Rettungspakete genügen jetzt nicht mehr. Wir brauchen ein Moratorium: Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende „ehrlich“ überprüft und angepasst wird.

II.) STEUERUNG DER ZUWANDERUNG

Die Zuwanderung muss gesteuert, geordnet und begrenzt werden. Es bedarf einer gemeinsamen groß angelegten Integrationsoffensive von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Fachkräftezuwanderung muss beschleunigt werden.

- › Die Kommunen brauchen die Zeit und die Möglichkeit, denen gut zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Allein seit 2022 sind rd. 2 Mio. Menschen in unser Land gekommen, die integriert werden müssen. Die Kraft und die Ressourcen reichen jedoch dafür vor Ort nicht mehr aus.
- › Die Sozialstandards in der EU müssen nach Kaufkraft vereinheitlicht werden.
- › Der Bund muss mit seinen Kompetenzen mehr Verantwortung bei Abschiebungen übernehmen.
- › Die Zuwanderung von dringend notwendigen Fachkräften muss verfahrensmäßig beschleunigt werden.

III.) MEHR INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT

Die äußere und innere Sicherheit muss gestärkt werden. Das beinhaltet auch eine deutliche Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

- › Die letzten Jahre haben uns vor Augen geführt, dass Sicherheit und Freiheit auch in Zentrum von Europa nicht mehr selbstverständlich sind. Auf diese Situation müssen wir uns zwingend einstellen. Neben dem deutlichen Ausbau der äußeren Sicherheit ist es zwingend notwendig, die innere Resilienz unseres Landes zu stärken. Dazu beitragen könnte die Einführung eines verbindlichen Gesellschaftsjahres.
- › Der Zivil- und Katastrophenschutz und die Klimafolgenanpassung unter Einbeziehung der Eigenverantwortung der Bevölkerung sind auszubauen. Um vorhandene Konzepte umzusetzen, muss der Bund in den nächsten Jahren ausreichend Mittel bereitstellen.

IV.) DIGITALISIEREN UND ENTBÜROKRATISIEREN

Die Digitalisierung staatlicher Dienste muss dringend vorangebracht werden. Wir brauchen eine deutliche Entbürokratisierung.

- › Bis 2030 werden alleine auf der kommunalen Ebene rd. 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Daher müssen die Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden.
- › Der Bund muss zusammen mit den Ländern klare und einheitliche Vorgaben machen und Lösungen präsentieren. Durchgehend digitale Prozesse müssen ermöglicht und dabei der Datenschutz pragmatisch ausgestaltet werden.
- › Die Kommunen wissen vor Ort am besten, was benötigt wird. Sie brauchen keine Kleinststeuerung in Förderprogrammen und Verwaltungsvereinbarungen durch den Bund und die Länder. Bundes-Förderprogramme sollten daraufhin überprüft werden, ob die Mittel nicht besser nach pauschalen Kriterien für einen bestimmten Zweck an die Städte und Gemeinden gegeben werden.

V.) BILDUNG SICHERN

Die frühkindliche Bildung und Betreuung muss flexibilisiert und ausfinanziert werden, um den Betreuungsumfang sicherstellen zu können.

- › Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter muss im investiven Bereich und im Betrieb an den tatsächlichen Kosten orientiert ausfinanziert werden. Angesichts fehlender pädagogischer Kräfte lässt er sich auch nicht vollständig erfüllen. Es sollte zumindest eine zeitliche Verschiebung beschlossen werden.
- › Die Kita-Kosten steigen in kürzester Zeit in ungeahnte Höhen, Personalmangel führt zu immer mehr Gruppenschließungen.
- › Neben pädagogischen Fachkräften müssen in diesen Bereichen auch weitere geeignete Personen zugelassen werden.





STARKE KOMMUNEN MÖGLICH MACHEN

Forderungen des **DStGB**
an die Bundespolitik in der
neuen Legislaturperiode

2025



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Forderungen des **DStGB**
an die Bundespolitik in der
neuen Legislaturperiode

2025



Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.
Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de
Internet: www.dstgb.de



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

STARKE KOMMUNEN MÖGLICH MACHEN.

**Städte und Gemeinden
sind schon immer Orte der Realität.**

**In den Städten und Gemeinden
entsteht der erste Kontakt der
Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat.**

**Städte und Gemeinden sind das Fundament
der Demokratie. Gute Kommunalpolitik steht
für Kompromissfähigkeit statt Konfrontation.
Wir erwarten von allen demokratischen Kräften,
dass sie auch auf der Bundesebene diese
kommunalen Tugenden leben.**

**In den Städten und Gemeinden
wird der Bestand der örtlichen Gemeinschaft
gesichert, gerade dann, wenn andere Strukturen
zunehmend wegbrechen.**

Doch diese Leistungen sind auf zunehmendem Niveau zwischenzeitlich offensichtlich zur Selbstverständlichkeit geworden. Zahlreiche neue Aufgaben, Rechtsansprüche und Standards treten ständig hinzu, werden aber vom Bund und den Ländern nicht ausreichend finanziert.

Die Grenze des Leistbaren ist vielerorts erreicht. Es geht jetzt um Grundlegendes in unserem Staat. Es geht darum, auch zukünftig das für die Legitimation von staatlichem Handeln wichtige Vertrauen in den Staat und die Demokratie zu sichern. Viele Menschen vergessen zunehmend, dass die dauerhafte Sicherstellung dieser Leistungen einen großen Teil der kommunalen Ressourcen – und zwar sowohl der finanziellen als auch der personellen – bindet.

Dies wird dadurch verstärkt, dass Europa, der Bund und die Länder Aufgaben stetig ausweiten und die zu gewährleistenden Standards weiterentwickeln und anheben. Durch nachlaufende Rechtsprechung und Auslegung gewinnen diese Standards zusätzlich an (Umsetzungs-)Komplexität. Fast jede Aufgabe und jeder zusätzliche Standard kann für sich betrachtet gut begründet werden. Es ist jedoch die Summe der Aufgaben und Standards, die letztlich die laufenden Ausgaben und den Personalbedarf der öffentlichen Hand in einem Maße nach oben getrieben hat, dass die Luft für Zukunftsgestaltung vor Ort fehlt.

Hinzu kommt ein enormer Fachkräftemangel. Die Regulierungsdichte ist in vielen Bereichen unerträglich hoch. Deshalb muss der Fokus wieder auf das Erforderliche gerichtet werden, der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Es bedarf der Definition einer neuen politischen und gesellschaftlichen „Bedürfnispyramide“: Es braucht eine Fokussierung auf das Wesentliche, eine Schwerpunktsetzung auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dies bedeutet zugleich, dass sich der fürsorgende Staat reduzieren muss. Die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger muss wieder an Bedeutung gewinnen.

Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende überprüft und angepasst wird. Anspruch und Wirklichkeit müssen wieder zusammenfinden. Es muss gelten „Lieber weniger versprechen, diese Versprechen dafür aber verlässlich und qualitativvoll einhalten!“ Es bedarf daher einer ernsthaften Aufgaben- und Standardkritik und einer umfassenden Deregulierung.

1 Kommunale Finanz- + Investitionskraft

- ➔ Konnexität zwischen Bund und Kommunen etablieren: keine Aufgabenübertragung oder wesentliche Standardanpassungen ohne vollständige Gegenfinanzierung
- ➔ Gewerbesteuer für die Kommunen erhalten
- ➔ Erhöhung Gemeindeanteil Gemeinschaftsteuern
- ➔ Anzahl der Förderprogramme reduzieren, Zwecke breiter fassen und Summen pauschalieren
- ➔ Finanzlasten von Bund und Ländern nicht durch Aufgabenverlagerung auf die Kommunen umgehen
- ➔ Bundeshaushalt neu priorisieren und innovative Finanzierungswege schaffen
- ➔ Kommunales Investitionsprogramm (Konjunkturprogramm) auflegen
- ➔ Kommunale Altschuldenfrage lösen
- ➔ Zensus-Verfahren überarbeiten, transparent gestalten

2 Gleichwertige Lebensverhältnisse

- ➔ Daseinsvorsorge und Infrastruktur in der Fläche sicherstellen (Breitband, Bildung, Mobilität, Gesundheitsversorgung etc.)
- ➔ Gleichwertige Lebensverhältnisse durch konsequente Förderung strukturschwacher Räume erreichen
- ➔ Kommunen und Bürger in ländlichen Räumen zu Gewinnern der Energiewende machen
- ➔ Finanzausstattung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) verbessern, Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung auflegen
- ➔ Förderung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und überjährige Mittelverwendung sichern, Förderbürokratie abbauen

3 Lokale Demokratie

- ➔ Kommunen wieder handlungsfähig machen – kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie stärken
- ➔ Vertrauen in die lokale Demokratie stärken: mehr Gestaltungsspielräume, bessere Finanzausstattung und weniger Bürokratie
- ➔ Kommunalpolitisches Engagement attraktiver ausgestalten: mehr Schutz, Sichtbarkeit und Wertschätzung für kommunalpolitisch Engagierte
- ➔ Frauen in kommunalpolitischer Führungsverantwortung stärken
- ➔ Mehr Anerkennung für das kommunale Ehrenamt

4 Klimaschutz + Klimaanpassung

- ➔ Klimaschutz + Klimaanpassung zusammen denken
- ➔ Neue Gemeinschaftsaufgabe zur Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassung etablieren (Art. 91a GG)
- ➔ Beratung und Wissenstransfer verbessern – Klimaschutzpersonal in den Verwaltungen langfristig fördern
- ➔ Maßnahmenvielfalt nutzen – Kommunale Handlungsspielräume bei der Klimaanpassung flexibel ausgestalten – Interkommunale Kooperationen stärken
- ➔ Förderdickicht lichten – praxisgerechte Förderprogramme auflegen – Kommunalrichtlinie langfristig verstetigen
- ➔ Klima- und Ökosystemleistungen der Wälder honorieren

5 Energie-, Wärmewende + Kommunalwirtschaft

- ➔ Förderung für Wärmeplanung, Wärmenetze, energetische Stadtsanierung und effiziente Gebäude ausbauen und verstetigen
- ➔ Nachhaltige Finanzierung der Transformation sichern, Privatisierung von Stadtwerken verhindern, dezentrale Strukturen stärken
- ➔ Transformation abfedern, Strompreis stabilisieren, Belastung von Steuern und Abgaben senken
- ➔ Kommunalbeteiligung bei Wind und PV verpflichtend ausgestalten
- ➔ Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern
- ➔ Steuerlichen Querverbund sichern
- ➔ Modernisierung von Verteilnetzen
- ➔ Wasserstoffstrategie dezentral ausrichten, Ausbau des Wasserstoffverteilnetzes absichern
- ➔ Erneuerung und Ausbau der Wasser- und Abwasserinfrastruktur sicherstellen

6 Äußere + innere Sicherheit

- ➔ Nationale Resilienzstrategie gemeinsam fortentwickeln
- ➔ Zivil-militärische Zusammenarbeit ausbauen, erproben und üben
- ➔ Bundeswehrstandorte stärken: Infrastruktur ausbauen und Rahmenbedingungen für die Soldatinnen und Soldaten verbessern
- ➔ Ehrenamt in Brand- und Katastrophenschutz fördern
- ➔ Sirenenförderprogramm fortführen, Trinkwasser- und Notstromversorgung fördern
- ➔ Finanzmittel für die Umsetzung von Resilienzstrategien und effektivem Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene bereitstellen
- ➔ Eigenverantwortung und Selbstvorsorge stärken

7 Migration + Integration

- ➔ Begrenzung der Zuzugszahlen im Asylbereich
- ➔ Integrationsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen aufsetzen und ausfinanzieren
- ➔ Zuwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt verbessern; Berufsankennung beschleunigen
- ➔ Bundeszuständigkeit für Abschiebungen schaffen
- ➔ Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems so schnell wie möglich umsetzen

8 Bezahlbares Wohnen

- ➔ Soziale Wohnraumförderung auf hohem Niveau verstetigen
- ➔ Entwicklungspotenziale in ländlichen Regionen nutzen
- ➔ Baulandmobilisierung verbessern – Kommunale Vorkaufsrechte stärken
- ➔ „Gebäudetyp E“ umsetzen – Baustandards reduzieren – Einfaches Bauen ermöglichen
- ➔ Wohneigentumsquote erhöhen – Förderprogramme nach Bedarfen ausrichten
- ➔ Kommunale Wohnungsunternehmen und genossenschaftliches Wohnen stärken

9 Vergaberecht

- ➔ Vergaberecht vereinfachen und praxisgerecht gestalten
- ➔ Vergabefremde Kriterien ausschließen – Kommunale Handlungsspielräume stärken
- ➔ EU-Schwellenwerte im Vergaberecht sachgerecht erhöhen
- ➔ Nationales Vergaberecht vereinheitlichen + Formalisierung zurückführen
- ➔ Direktaufträge erweitert zulassen – interkommunale Zusammenarbeit flexibel ermöglichen

10 Digitalisierung

- ➔ Glasfaser- und leistungsstarke Mobilfunkversorgung flächendeckend ausbauen
- ➔ Digital first – Effizienzpotenziale der Digitalisierung konsequent nutzen, klare digitale Vorgaben und einheitliche Lösungen durch Bund und Länder bei einhergehender und vollständiger Finanzierung
- ➔ Durchgehend digitale Prozesse ermöglichen
- ➔ Registermodernisierung finanzieren und voranbringen
- ➔ Chancen von Cloud + Künstlicher Intelligenz nutzen
- ➔ Stufenplan "Smarte Städte und Regionen" umsetzen
- ➔ Resilienz gegen Cyberattacken verbessern – Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausbauen
- ➔ Wirksamen Datenschutz pragmatisch ausgestalten

11 Mobilität in Stadt + Land

- ➔ Finanzmittel (im Regionalisierungs- und Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) für bessere Angebote von Bussen und Bahnen erhöhen und langfristig absichern
- ➔ Regelförderung für Elektrobusse und Ladeinfrastrukturen schaffen
- ➔ Überjährige und auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets gesetzlich gewährleisten
- ➔ Radverkehrsprogramm „Stadt+Land“ fortsetzen
- ➔ Bahnhöfe in der Fläche stärken und als Mobilitätsdrehscheiben ausbauen
- ➔ Kommunale Handlungsspielräume im Straßenverkehrsrecht erweitern
- ➔ Flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sicherstellen

12 Reform des Gesundheitssystems

- ➔ Krankenhausversorgung in der Fläche langfristig gewährleisten und
- ➔ Medizinische + pflegerische Versorgung flächendeckend durch die Kassenärztlichen Vereinigungen sicherstellen
- ➔ Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft aufgabengerecht ausstatten
- ➔ Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben

13 Zukunftsfeste Sozialsysteme

- ➔ Soziallasten der Kommunen reduzieren
- ➔ Sozialgesetze vereinfachen, Bürokratie abbauen, Realitätscheck bei bestehenden Leistungsgesetzen durchführen
- ➔ Fordern und Fördern als tragendes Prinzip etablieren
- ➔ Moratorium für neue Rechtsansprüche schaffen; bestehende Rechtsansprüche dauerhaft gegenfinanzieren
- ➔ Kommunale Steuerungsmöglichkeiten stärken

14 Bildung + Kinderbetreuung

- ➔ Digitalpakt Schule verstetigen – gemeinschaftliche Finanzierung mit den Ländern erreichen
- ➔ Ausbau der Kinderbetreuung dauerhaft mitfinanzieren
- ➔ Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern
 - ⇒ Ausbildung von Fachkräften und auch anderes, geeignetes Personal einbeziehen
 - ⇒ Umbau- + Ausbauposten sichern
 - ⇒ Regionale Unterschiede beachten
 - ⇒ dauerhafte Übernahme der Betriebskosten von Bund und Ländern
 - ⇒ Rechtsanspruch zurückstellen

15 Stadtentwicklung + Städtebaurecht

- ➔ Bundesstädtebaurecht praxisgerecht fortentwickeln
- ➔ Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar vereinfachen – Umweltprüfungen auf das rechtlich Notwendige begrenzen
- ➔ Kommunale Planungs- und Steuerungshoheit sichern und nicht schwächen
- ➔ Innenstädte und Ortskerne stärken – Nutzungsvielfalt ermöglichen
- ➔ Klimaangepasste und integrierte Stadtentwicklung fördern
- ➔ Städtebauförderung von Bund und Ländern aufstocken und langfristig sichern

16 Starkes Europa der Regionen

- ➔ Europäische Bürokratie deutlich reduzieren, Subsidiaritätsprinzip beachten
- ➔ Europäische Außengrenzen wirksam schützen
- ➔ Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems so schnell wie möglich umsetzen
- ➔ Nachhaltige europäische Wirtschaftskreisläufe stärken
- ➔ Regionalisierung bei den EU-Strukturförderprogrammen erhalten
- ➔ Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren ausbauen
- ➔ Kommunalpartnerschaften stärken
- ➔ Entwicklungszusammenarbeit + internationale Solidarität mit den Kommunen verwirklichen



© Titel: AdobeStock_Robert Kneschke | Rückseite: AdobeStock_Pixelbliss



Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.
Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de
Internet: www.dstgb.de

Beschlossen vom DStGB-Präsidium am 25.11.2024



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund